



Schneller Junge

Wer so schnell läuft, der hat sich eine Umarmung verdient. Nachdem der jamaikanische Sprinter Usain Bolt im 100-Meter-Finale der Leichtathletik-WM in Peking eine Hundertstelsekunde vor der Konkurrenz lag, war Mutter Jennifer Bolt eine der Ersten, die den Weltmeister herzte. Ihr Junge, er ist und bleibt doch der Beste. FOTO: GETTY IMAGES **Berichte Seite 21**

„Die bekommen keinen Cent von uns“

Niedersachsens Sozialministerin lehnt Beteiligung an Bremer Krankenhauskosten ab

VON PETER MLODOCH

Hannover-Bremen. Zusammenarbeit ja, Geldspritzen nein: Niedersachsen lehnt Forderungen aus Bremen ab, sich an den Kosten für die Krankenhäuser in der Hansestadt finanziell zu beteiligen. „Die bekommen keinen Cent von uns“, sagte Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) dem WESER-KURIER. „Wir sind selbst dermaßen knapp mit Mitteln.“ Bei notwendigen Strukturformen von Kliniken in und um Bremen mache aber eine Absprache durchaus Sinn, meinte die Ministerin. „Wir reden natürlich miteinander.“

Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) hatte kürzlich eine engere Kooperation der beiden Nachbar-Bundesländer angeregt und dabei ausdrücklich die Krankenhausplanung benannt: „Das müssen wir besser verzahnen, zu sinnvoller Arbeitsteilung kommen und einzelne Kliniken in Schwerpunktzentren umwandeln.“ Im September wollen sich Sieling und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) zu einem Gespräch treffen.

Hintergrund des Streits: Viele Patienten aus dem Umland lassen sich in den Kran-

kenhäusern des Stadtstaates behandeln. Auf 30 Prozent taxiert die Bremer Krankenhausesellschaft den niedersächsischen Anteil. Und dies hat dort natürlich – außer den reinen Arztkosten, für die die Krankenkassen aufkommen – einen höheren Aufwand für Investitionen und Sanierungen zur Folge. Daran soll sich Niedersachsen bitteschön beteiligen, finden die Bremer. Bei den Schulen sei dies schließlich auch so: Ein Abkommen zwischen den beiden Bundesländern regelt, dass Niedersachsen die Belastungen Bremens, die durch die unter dem Strich größere Zahl an niedersächsischen Schülern entstehen, einen pauschalen Jahresbetrag zahlt.

In Hannover sieht man das für den Gesundheitsbereich freilich anders. „Bremen zieht die Patienten geradezu an sich“, erklärte Ressortchefin Rundt. Damit laste die Hansestadt ihre Kliniken besser aus, während den Krankenhäusern im Umland die Patienten dann fehlten. Dadurch würden diese Häuser unwirtschaftlich; in der Folge werde es schwerer, die medizinische Versorgung im Bremer Umland aufrecht zu erhalten. Die Ministerin: „Und das liegt natürlich nicht im niedersächsischen Interesse.“

Schon heute sind rund um Bremen wie allerdings auch in anderen Teilen Niedersachsens Kliniken mangels Auslastung zu Fusionen oder der Schließung von Abteilungen gezwungen. Das Land unterstützt solche Strukturformen mit millionenschweren Investitionszuschüssen. Beispiel Bassum: Nach der Sanierung des somatischen Kreiskrankenhauses zieht die Abteilung Psychiatrie/Psychosomatik aus Twistringen vollständig komplett dorthin. In Delmenhorst kooperieren das dortige Klinikum und das St.-Josef-Stift seit Juni unter dem Dach einer gemeinsamen Holding – mit dem Ziel der „räumlichen Zusammenführung“.

Verstärkt wird das Problem durch die Vergütungssysteme, wonach die Kassen für die Grundversorgung relativ wenig bezahlen, für Spezialbehandlungen dagegen deutlich mehr springen lassen. Dies fördert gerade bei gewerblichen Anbietern den Hang zu kleinen, aber feinen Häusern. Niedersachsen befürchtet eine Art Kannibalisierung, wenn attraktive Häuser mit supermodernen Geräten die hoch qualifizierten Spezialisten weglocken und auf allgemeine Behandlungen fokussierte Kranken-

häuser ausbluten lassen. „Wir müssen raus aus dem ruinösen Wettbewerb, in dem sich alle gegenseitig kaputt machen“, betonte die Ministerin. Auch der Bremer Regierungschef sieht das in diesem Punkt ähnlich. „Die Kliniken sollen auch über die Landesgrenze hinaus nicht konkurrieren, sondern sich ergänzen“, erklärte Sieling. „So schaffen wir für alle eine gewinnbringende Situation.“ Denkbare Lösung: Bremen verzichtet zugunsten des Umlands auf bestimmte Spezialabteilungen, auch wenn dann die Patienten von hier nach Niedersachsen fahren müssten.

Weiteres Ungemach droht freilich durch das neue Krankenhausreformgesetz des Bundes. Die große Koalition plant einschneidende Änderungen im System der Betriebskostenfinanzierung. Erklärtes Ziel ist der Abbau von Betten. Niedersachsen fühlt sich davon nicht angesprochen, weil es mit seiner niedrigen Quote von 543 Betten pro 100 000 Einwohner im bundesweiten Ranking auf dem vorletzten Platz liegt und nur von Baden-Württemberg (535) untertroffen wird. Absoluter Spitzenreiter ist dagegen Bremen mit 779 Betten. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 12**

Polizei diskutiert Diskriminierung

Bremen (mic). Wenn Polizisten Menschen nicht wegen eines konkreten Verdachtes überwachen oder kontrollieren, sondern allein wegen ihres Aussehens oder ihrer Herkunft, nennt man dies Ethisches Profiling. Die Beamten verstoßen damit gegen das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot. Trotzdem kommt ethnisches Profiling vor – auch in Bremen. Thomas Müller sieht als Grund dafür unter anderem Mechanismen in der täglichen Polizeiarbeit, die unbewusst zu dieser Art von Kontrollen führen. Der Integrationsbeauftragte der Bremer Polizei hat gemeinsam mit Kooperationspartnern einen Fachtag zu diesem Thema organisiert. In dessen Mittelpunkt steht die Frage, was deutsche Polizisten von ihren europäischen Kollegen lernen können.

Vertreter von Antidiskriminierungsprojekten und der Afrikanischen Gemeinschaft Bremens, beschleunigen der Landespolizei, für dieses Thema vergleichsweise sensibilisiert zu sein. Anders dagegen die Bundespolizei, über deren Kontrollen am Bahnhof und in den Zügen es unverändert Klagen gebe. Olaf Bernau vom Projekt „Antidiskriminierung in der Arbeitswelt“ sieht in diesem Zusammenhang auch das Problem einer „sehr hohen Dunkelziffer“ – die Betroffenen würden sich nicht trauen, Polizisten anzuzeigen. Seine Forderung: „Wir brauchen eine unabhängige Beschwerdestelle für solche Fälle.“ **Kommentar Seite 2-Berichte Seite 7**

BREMEN

Kabelige Außenweser 8

Die siebte Etappe seines Grenzanges führte Jürgen Hinrichs nach Bremerhaven. Dort lernte er, dass die Außenweser ganz schön ungemütlich werden kann und man im Hafen nicht überall reinkommt.

DER NORDEN

Gemeinsam stark 11

Als Gemeinschaft von Ackerbürgern hat sich vor 455 Jahren die Heger Lauschaft in Osnabrück gegründet. Bis heute bewirtschaftet sie einen Wald und engagiert sich für das Gemeinwohl der Stadt.

WIRTSCHAFT

Airbus liefert Nachfolger von Transall aus 13

Erst eine um Jahre verspätete Auslieferung, dann wochenlanges Startverbot nach Absturz. Nun aber soll alles besser werden: Airbus will im Oktober die zweite A400M an die Bundeswehr ausliefern.

KULTUR

Forschungsbibliothek in der Kunsthalle 18

Kunsthistoriker, Studierende und Provenienzforscher aus dem In- und Ausland nutzen die Bibliothek der Kunsthalle Bremen für Forschungsprojekte. Kevin Fickert leitet die Bibliothek, die über einen Bestand von 100 000 Büchern verfügt. Vor allem finden sich hier großformatige Kunstbände und Biografien, die über das Werk eines Künstlers informieren.



Reiner Pfeiffer ist tot

Berlin-Hambergen-Bremen. Mit dem früheren Medienberater Reiner Pfeiffer ist eine der Schlüsselfiguren der Barschel-Affäre gestorben. Wie jetzt bekannt wurde, starb er bereits am 12. August in Hambergen nördlich von Bremen im Alter von 76 Jahren. Das bestätigte der Samtgemeindebürgermeister von Hambergen, Reinhard Kock (SPD), der Deutschen Presse-Agentur. Zuvor hatte die „Bild am Sonntag“ über den Tod Pfeiffers berichtet. Dem Bericht zufolge ist sein Leichnam bereits eingäschert worden.

Die „Barschel-Affäre“ hatte 1987 die Republik in Atem gehalten. Pfeiffer, damals der Medienreferent des Kieler CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel, hatte den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm bespitzeln lassen und gegen ihn eine anonyme Steueranzeige lanciert. Pfeiffer stellte Barschel später als Mitwisser und sogar als Initiator dar. Uwe Barschel trat schließlich zurück. Am 11. Oktober 1987 fand ihn ein Reporter tot in der Badewanne eines Zimmers im Genfer Hotel „Beau Rivage“.

Pfeiffer war in Bremen schon vor der Barschel-Affäre kein Unbekannter. Er war bei CDU für Öffentlichkeitsarbeit zuständig und war auch kurzzeitig Chefredakteur des Anzeigenblattes „Weser-Report“. Danach arbeitete Pfeiffer als freier Journalist, half seiner Frau als Verkäufer in deren Eisdiele und verdiente sich sein Geld als Berichterstattungsdredner. **Bericht Seite 4**

Europa der Egoisten



Norbert Pfeiffer über die Flüchtlingspolitik

Europa bietet derzeit ein jämmerliches Bild, wenn es um den Umgang mit Flüchtlingen geht. Errungenschaften, auf die die Gemeinschaft so stolz ist, stehen wieder auf dem Spiel. Beispielsweise das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Union. In der Theorie spielen Binnengrenzen zwar keine Rolle mehr. In der Realität allerdings wird darüber diskutiert, Mauern zu errichten, Polizeikontrollen zu intensivieren, Gesetze zu verschärfen. Oder es geschieht bereits. Wer Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder Stacheldrahtzäune sehen will, muss nur einmal ins französische Calais fahren.

Bereits gescheitert ist das Dublin-System, jenes System, wonach die Flüchtlinge nur in dem Land, in dem sie erstmals europäischen Boden betreten, Asyl beantragen können. Griechenland und Italien aber sind mit dem Ansturm der Flüchtlinge komplett überfordert. Statt sie zu registrieren, lassen sie sie weiterreisen, drücken beide Augen zu. Verstehen kann man sie sogar ein Stück weit, weil die anderen Länder ihnen viel zu wenig helfen.

Und was macht in dieser Situation die EU-Kommission, die so gerne darauf pocht, dass Verträge eingehalten werden? In der Flüchtlingskrise ist sie in einen tiefen Sommerschlaf gefallen. Brüssel konnte es nicht schnell genug gehen, einen Sondergipfel nach dem anderen einzuberufen, um Griechenland im Euro zu halten. Warum ist das nicht in der Flüchtlingskrise möglich?

Zur Ehrenrettung der Kommission sei allerdings gesagt: Die Hauptverantwortung für die desaströse Lage tragen die Mitgliedsstaaten. Es kann nicht sein, dass Deutschland und Schweden knapp die Hälfte aller Schutzsuchenden aufnehmen. Die meisten EU-Länder ducken sich weg, wollen nichts mit Flüchtlingen zu tun haben, weil sie Kosten und Ressentiments in der Bevölkerung fürchten. Von Solidarität keine Spur, es regiert purer Egoismus.

Kanzlerin Angela Merkel immerhin scheint den Ernst der Lage erkannt zu haben. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Hollande will sie nun das Heft des Handelns in die Hand nehmen, wie schon in der Ukraine-Krise, wie schon in der Griechenland-Krise. An diesem Montag will sie in Berlin mit Hollande über die Flüchtlingsfrage sprechen. Das ist ein Anfang. Es wird höchste Zeit. **Thema Seite 3**

norbert.pfeiffer@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Claus Körbi



Rund 15 Monate ist es her, dass Claus Körbi schon einmal im Bremer Rathaus war. Der Oberst übernahm damals das Landeskommando der Bundeswehr von Dietmar Werstler, der sich in den Ruhestand verabschiedete. Am Montag kehrt Körbi wieder mal im Rathaus ein, zum Antrittsbuch bei Bürgermeister Carsten Sieling. Seinem Vorgänger Werstler hat Körbi damit etwas voraus. Denn während der nur einem Bremer Regierungschef vom Zustand der Bundeswehr im kleinsten Bundesland berichten konnte – Jens Böhrnsen nämlich –, trifft Körbi nun sogar schon den zweiten.

WETTER

Tagsüber 24° Nachts 14° Niederschlag 90%

Wechselhafter Wochenstart Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



RUBRIKEN

| | | | |
|------------------|----|-----------------|----|
| Familienanzeigen | 10 | Lesermeinung | 4 |
| Fernsehen | 5 | Rätsel & Roman | 15 |
| Gesundheit | 23 | Tipps & Termine | 17 |